

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Weinzinger, Strache, Rosenkranz
und weiterer Abgeordneter

betreffend Schließung der bestehenden Erstaufnahmestellen des Bundesasylamtes
und Errichtung einer neuen Erstaufnahmestelle an der Staatsgrenze

**eingebracht im Zuge der Debatte zum Thema der Sondersitzung „Bleiberecht
jetzt - Schluss mit den unmenschlichen Abschiebungen“ in der 33. Sitzung des
Nationalrates am 10. Oktober 2007**

Seit 1. Mai 2004 werden Flüchtlinge in Österreich in einer der beiden Erstaufnahmestellen – Thalham in Oberösterreich und im niederösterreichischen Traiskirchen – untergebracht. Dort warten sie auf die Zulassung zum Asylverfahren.

Seit vielen Jahren befindet sich schon in der Gemeinde St. Georgen eine Betreuungsstelle des Bundesministeriums für Inneres. Aber erst mit der Einrichtung der Erstaufnahmestelle „West“ in Thalham begannen die Probleme für die Bevölkerung. Die Sicherheitsberichte der Bundesregierung der letzten Jahre weisen eine hohe und teilweise immer noch steigende Kriminalitätsrate im Bereich der Bezirkshauptmannschaft Vöcklabruck auf. Speziell im näheren Umfeld der Erstaufnahmestelle in der Gemeinde St. Georgen im Attergau mehren sich Einbrüche und Diebstähle. Selbst der oberösterreichische Sicherheitsdirektor Alois Lißl bestätigt die bestehende Problematik gegenüber den Medien: „Die Kriminalität ist konstant erhöht.“ Als Beispiel sei hier das Sanatorium „Rupp“ in St. Georgen angeführt, welches seit dem Jahr 2004 immer öfter mit Diebstählen und Sachbeschädigungen zu kämpfen hat. Der Verwalter des Sanatoriums bringt nicht mehr allzu viel Verständnis für die Situation auf: „Am Ende des Tages werden wir einen Stellenabbau oder einen Standortwechsel überlegen“. Selbst eine Straßenschlacht zwischen Ausländern und einheimischen Jugendlichen durften die Anrainer schon erleben. Schlägereien oder randalierende Ausländer in der Erstaufnahmestelle sind keine Seltenheit mehr im Einsatzalltag der Polizei. Alles in allem kein Aushängeschild für die Ferienregion im Attergau.

In der Erstaufnahmestelle „Ost“ des Bundesasylamtes in Traiskirchen, Niederösterreich, stehen die Dinge nicht besser. Zwar verlagert sich ein Gutteil der Kriminalität, auf Grund der Nähe zu einer Großstadt, nach Wien, dennoch sind die oben, im Zu

sammenhang mit der Erstaufnahmestelle Thalham, angeführten Unannehmlichkeiten und Komplikationen auch hier für die Anrainer Tatsache.

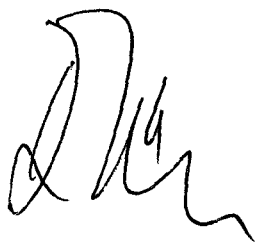
Die Idee zur Schließung und Verlegung der Erstaufnahmestellen fand in der Bevölkerung starken Widerhall. Das Ziel die Absiedelung der Erstaufnahmestellen wird schon seit längerem, auch gegen die Widerstände der ehemaligen Bundesminister für Inneres wie Strasser und Prokop, verfolgt. Politiker aller Couleurs und Fraktionen dieser Region wie auch des Landes Oberösterreich konnten, nicht zuletzt auf Grund der unerträglichen Lage und des dadurch entstandenen Drucks der betroffenen Bevölkerung, die bestehende Problematik nicht mehr negieren. Eine Lösung im Sinne der Betroffenen kann nur durch eine Verlegung der Erstaufnahmestellen in den grenznahen Bereich, fernab von österreichischen Wohngebieten, sein.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

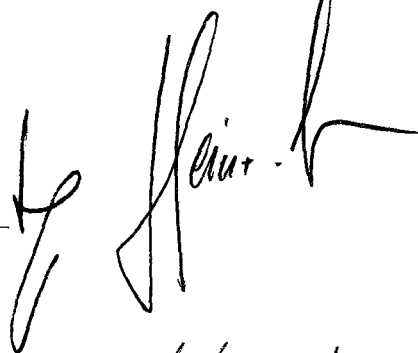
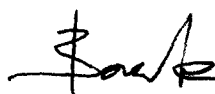
Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Inneres wird aufgefordert, die bestehenden Erstaufnahmestellen „Ost“ und „West“ des Bundesasylamtes in Traiskirchen/Niederösterreich und Thalham/Oberösterreich sofort zu schließen und durch eine neue Erstaufnahmestelle an der Staatsgrenze Österreichs fernab von österreichischen Wohngebieten zu ersetzen.“



Kurt Wenzinger



Wien am

10. OKT. 2007